

PLAST – Plattform der StudentInnen im BÖP

Die PLAST stellt in dieser Ausgabe einen Artikel zweier Masterstudenten der psychologischen Fakultät der Universität Wien vor. Die beiden Kollegen haben sich mit populationsbasierten Interventionen beschäftigt und geben einen kurzen Einblick in die spannende Thematik:

Behaviour & Evidence-based Policy: Wie die Psychologie zu Interventionen auf Populationsebene beitragen kann

Ein häufiger Anspruch der wissenschaftlichen Psychologie ist es, Wege zu finden, die das Verhalten von Individuen zu deren Vorteil verbessern. Das beinhaltet Fragestellungen wie: Was ist die effektivste Therapiemethode für spezifische PatientInnen mit all ihren individuellen Eigenschaften? Wie kann man das Selbstbewusstsein von unsicheren Personen stärken? Oder auch: Was ist die optimale Berufswahl für bestimmte Studierende? All diese Problemstellungen erfordern spezifische Antworten mit einer sicheren und der Problemstellung angemessenen Größe an Effekten. Es wäre beispielsweise unethisch, depressive PatientInnen mit einer Therapieform zu behandeln, welche nicht patientenorientiert ausgewählt wurde und nur bei 10 % aller Betroffenen Wirkung erzielt, nur um Kosten gegenüber einer wesentlich effizienteren Methode zu sparen. Anders kann sich dies allerdings auf Populationsebene verhalten.

Ein Beispiel: In einer randomisierten Studie fand sich ein signifikanter Effekt einer Mobile-Health-(mHealth) Intervention (txt2stop) auf das Rauchverhalten. Von RaucherInnen, die sich das Aufhören vorgenommen hatten, schafften es 4,9 % über einen längeren Zeitraum, die Angewohnheit ohne zusätzliche Hilfe aufzugeben, während 11 % der NutzerInnen von txt2stop auch nach Follow-up-Untersuchung rauchfrei waren (Free et al., 2011). Nun mögen 11 % vielleicht keine vielversprechende Chance für eine Einzelperson ausdrücken – auf Bevölkerungsebene sind die Effekte aber vielversprechender. Würde das Gesundheitsministerium eines Staates, in welchem eine Million BürgerInnen das Rauchen aufgeben wollen, eine derartige mHealth-Intervention aktiv und gezielt unterstützen, könnte dies die Anzahl der RaucherInnen kostengünstig in einem Jahr statt um 49.000 um ganze 110.000 senken. Die Nutzung eines ähnlich funktionierenden Programms führte sogar zu einer noch weitaus positiveren Verhaltensänderung bei Personen, die sich von einem Herzinfarkt erholten: Während lediglich knapp weniger als die Hälfte (47 %) ihr Rehabilitationsprogramm bis zum Abschluss durchgeführt hatten, schlossen 80 % der Interventionsgruppe das Programm vollständig ab (Varnfield et al., 2014). Durch kleine Ver-

änderungen können also auf Populationslevel bereits weitreichende Resultate erzielt werden. Daher stellt sich die Frage, warum bei solch vielversprechenden Resultaten derartige Interventionen in Staaten wie Österreich und Deutschland noch nicht Standard sind?

Populationsbasierte Interventionen (Policies) haben, kurz gesagt, zum Ziel, Entscheidungen und Verhalten jener Population so zu beeinflussen, sodass ein gewünschtes Ergebnis erzielt wird (Ruggeri, Yoon, Kácha, van der Linden & Muening, 2017). Beispiele können die eben genannten Änderungen im Gesundheitsverhalten, aber natürlich auch Bereiche wie Konsumentenschutz, umweltfreundliches Verhalten oder Finanzverhalten betreffen. Dies ist allerdings oft schwer zu etablieren. Policies können spezifisch einen Staat, ein Bundesland, eine Gemeinde, aber auch Organisationen wie Firmen, Universitäten, Schulen oder Sportclubs betreffen. Eine Änderung in gängigen Policies kommt häufig nur zustande, wenn ein Problem erkannt und gleichzeitig auf breiter Ebene als dringlich zu lösen anerkannt wird. Kingdon (2010) beschreibt, dass für öffentliche (also staatliche) Policies lediglich ein bestimmtes „Fenster“ besteht, in welchem diese eingeführt werden können: Hierfür muss nicht nur (1) das Problem erkannt worden sein, sondern es müssen auch (2) bereits praktische Lösungsvorschläge und (3) ausreichend politischer Wille von Regierungsfraktionen vorhanden sein. Dieses Fenster öffnet sich nur für einen bestimmten Zeitraum. Schließt es sich, ist die Diskussion für längere Zeit erst einmal vom sprichwörtlichen Tisch. Nicht nur der zeitliche Rahmen, sondern auch die Expertise der EntscheidungsträgerInnen ist ein wichtiger Faktor für das Etablieren staatlicher Policies. EntscheidungsträgerInnen lesen selten jede Ausgabe von „The Lancet und Nature“, geschweige denn kleinere, fachspezifische Journale, die relevante Ergebnisse für Policies beinhalten könnten. Selbst als WissenschaftlerInnen ist es bei der stetig steigenden Zahl an Publikationen schwierig, sogar im eigenen Fachgebiet dem Stand der Forschung zu folgen. Die Folge sind oft Policy-Entscheidungen, die eher willkürlich oder an Überzeugungen orientiert, als evidenzbasiert sind. Wenn EntscheidungsträgerInnen also bereits potenziell relevante Erkenntnisse nutzen sollen, wäre es von Vorteil, wenn sie schon im Vorhinein über diese informiert wären. Im Optimalfall könnten sie diese sogar zum Anlass nehmen, präventiv Änderungen in Bereichen vorzunehmen, die sich noch nicht zu gesellschaftlich relevanten Problemen entwickelt haben. Dies ließe auch mehr Zeit für ein Anpassen oder Scaling-up, dieser Ergebnisse, also die Berücksichtigung von spezifischen Erfolgsfaktoren und möglichen Problemstellungen bei der Übertragung von den Untersuchungsumständen (z. B. Laborsetting bei Experimenten) in die Praxis (Milat, Baumann & Redman, 2015).

Den Beitrag der Verhaltenswissenschaften im Policy-Bereich hat auch die OECD erkannt und erfolgreiche Beispiele zusammengestellt: Im Jahr 2017 erschien ein über 400 Seiten langer Report mit detaillierten Beschreibungen zu Experimenten und verhaltensbasierten Policies weltweit, der eine Auswahl von erfolgreichen Interventionen in unterschiedlichen Bereichen präsentiert. Um EntscheidungsträgerInnen kurz und bündig über Erkenntnisse aus der Psychologie zu informieren, die Implikationen für Policies haben (oder haben könnten), hat die Policy Research Group (PRG) an der Universität Cambridge in Zusammenarbeit mit dem Junior Researcher Programme im Jahr 2016 eine jährlich erscheinende Serie von sogenannten „Insights for Impact“-Reporten gestartet (PRG, 2016, 2017). Diese fassen empirische Evidenz aus verschiedenen Bereichen der Psychologie (z.B. Entscheidungsfindung, Gesundheit und Wohlbefinden, Kognition und Neurowissenschaften, Big Data etc.) in simplen Grafiken und Kurzbeschreibungen zusammen. Archive mit detaillierten Zusammenfassungen und Quellen, inklusive eines neu entwickelten Ratingsystems wurden erstellt. Letzteres dient zur Bewertung, inwieweit die Evidenz bereits nutzbar für den Einsatz in Policies ist. Der Report für 2016 – sowie die dazugehörigen Archive – sowie eine kürzere Version für 2017 sind online frei zugänglich (siehe Links). Weitere Organisationen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen, sind unter anderem das britische Behavioural Insights Team (BIT, das auch selbst groß angelegte Forschungsprojekte zum Thema durchführt), die Behavioral Insights Group der Harvard Kennedy School (USA), The European Nudge Network sowie der Joint Research Council der Europäischen Kommission.

Eine aktuelle und zurzeit einzigartige Übersicht zu diesem Thema liefert das im Sommer 2018 erscheinende Buch „Behavioral insights for public policy: Concepts & cases“ (Ruggeri, in press). Dieses Werk gibt eine ausführliche Definition von Policy, beleuchtet die Kernkonzepte und den Entstehungsprozess von Policies, erklärt deren Notwendigkeit und vermittelt den wichtigen Unterschied von Policies zu verwandten Konzepten wie Gesetzen und Vorschriften. Der Beitrag der wissenschaftlichen Psychologie sowie anderer Verhaltenswissenschaften wird an Fallbeispielen beleuchtet. Über 80 empirische Erkenntnisse und Fallbeispiele werden von ExpertInnen und NachwuchsforscherInnen der jeweiligen Disziplinen vorgestellt und mit einer Vielzahl von verschiedenen Konzepten aus sechs verschiedenen Anwendungsbereichen veranschaulicht (Wirtschaft und Finanzmarkt, Gesundheitswesen, Umwelt und Energie, Bildung, Arbeit und Arbeitsplatz, sowie Kommunikation).

So hat beispielsweise das BIT in Großbritannien herausgefunden, dass nach einer Einbettung verschiedener sozialer Normen in Erinnerungsschreiben an

SteuerzahlerInnen Zusatzeinnahmen von rund 210 Millionen Pfund Sterling erzielt werden konnte (Hallsworth, List, Metcalfe & Vlaev, 2014). Aber nicht nur erfolgreiche Interventionen werden veranschaulicht. Auch weniger erfolgreiche Interventionen finden ihren Platz, wie z.B. die Überarbeitung der 1995 implementierten Energieverbrauchskennzeichnung für Elektrogeräte der EU. Die Bewertungsskala von A (am energieeffizientesten) über B, C, D, E, F, hin zu G (am wenigsten energieeffizient) war ursprünglich mit Farbcodes von einem satten Grün (A), über Hellgrün, Gelb und Orange hin zu einem sattem Rot (G) eingeführt worden. Bereits nach wenigen Jahren hatten allerdings aufgrund des technischen Fortschritts 90% aller Elektrogeräte Klasse A erreicht und es wurde eine Erweiterung der Klasse A mit A+, A++ (2003) und A+++ (2010) vorgenommen. E, F und G wurden dafür zwischenzeitlich entfernt, die Farbcodes (Grün bis Gelb) aber beibehalten. Heinze und Wüstenhagen (2012) zeigten daraufhin in einer Untersuchung, dass diese simple Modifikation eine Veränderung des Einkaufsverhaltens hin zu weniger umweltfreundlichen Entscheidungen bewirkte. Zwei kognitive Verzerrungen sollen eine Erklärung für diese Entscheidungen bei unterschiedlichen Kennzeichnungen liefern. Zum einen der sogenannte Ankereffekt (Tversky & Kahneman, 1974): Der Buchstabe A wurde als Erstinformation wahrgenommen und hat scheinbar dadurch die Wertigkeit aller weiteren Informationen reduziert. A+, A++, A+++ und A wurden als ähnliche Kategorien wahrgenommen und trugen zu der Annahme bei, dass der Unterschied zwischen A+, A++, A+++ und A geringer sei als zwischen B, C und D. Zum anderen die sogenannte Anspruchserfüllung (Simon, 1957): Eine Entscheidung wurde weniger oft nach dem Prinzip der besten Wahl getroffen, sondern sobald ein gewisses Anspruchsniveau (z. B. „Kategorie A beibehalten“) erfüllt wurde. Das Ziel, KonsumentInnen dabei zu helfen, besser informierte Entscheidungen zu treffen, wurde damit verfehlt und 2017 wurde daraufhin die vorherige Farb- und Buchstabencodierung an den aktuellen Stand der Technik angepasst.

Nach einer Vielzahl an Fallbeispielen von Interventionen und Studien schließt das Buch mit einem Beitrag zu Methoden des Qualitätsmanagements, der Zukunft von Policies sowie deren ultimativer Daseinsberechtigung: der Steigerung des Wohlergehens und Wohlbefindens von verschiedenen Populationen und generell möglichst großen Teilen der Bevölkerung. Dieses Buch liefert einen einmaligen, anschaulichen Einstieg und ist empfehlenswert sowohl für EntscheidungsträgerInnen, Fachleute und VerhaltenswissenschaftlerInnen, sowie für interessierte Laien. Richard Thaler hat bereits im vergangenen Jahr einen Nobelpreis für seine Beiträge zur Verhaltensökonomie erhalten. Es wird nun wohl spannender denn je, die direkten Beiträge aus Verhaltenswis-

senschaften in großangelegten Policies in der Zukunft zu beobachten – und auch aus deren Fehlern zu lernen.

Literatur

- FREE, C., KNIGHT, R., ROBERTSON, S., WHITTAKER, R., EDWARDS, P., ZHOU, W., ... ROBERTS, I. (2011). Smoking cessation support delivered via mobile phone text messaging (txt2stop): A single-blind, randomised trial. *The Lancet*, 378, 49-55. doi:10.1016/S0140-6736(11)60701-0.
- HALLSWORTH, M., LIST, J. A., METCALFE, R. D. & VLAEV, I. (2014). The Behavioralist as Tax Collector: Using natural Field Experiments to enhance Tax Compliance. NBER Working Paper 20007. Retrieved from: <http://www.nber.org/papers/w20007>.
- HEINZLE, S. L. & WÜSTENHAGEN, R. (2012). Dynamic Adjustment of Eco-labeling Schemes and Consumer Choice – the Revision of the EU Energy Label as a Missed Opportunity?. *Business Strategy and the Environment*, 21(1), 60-70. doi: 10.1002/bse.722.
- KINGDON, J. W. (2010). *Agendas, Alternatives, and Public Policies* (2. Aufl.). Harlow, UK: Pearson-Longman.
- MILAT, A., BAUMAN, A. & REDMAN, S. (2015). Narrative review of models and success factors for scaling up public health interventions. *Implementation Science*, 10, 113. doi:10.1186/s13012-015-0301-6.
- POLICY RESEARCH GROUP. (2016). *Insights for Impact*, 1. K. Ruggeri (Hrsg.). Cambridge, UK: University of Cambridge.
- POLICY RESEARCH GROUP. (2017). *Insights for Impact*, 2. K. Ruggeri (Hrsg.). Cambridge, UK: University of Cambridge.
- RUGGERI, K. (Hrsg.). (In Press). *Behavioral Insights for Evidence-Based Policy: Concepts and Cases*. Routledge. <https://bit.ly/2G40gvY>.
- RUGGERI, K., YOON, H., KÁCHA, O., VAN DER LINDEN, S. & MUENNING, P. (2017). Policy and population behavior in the age of Big Data. *Current Opinion in Behavioral Sciences*, 18, 1-6. doi: 10.1016/j.cobeha.2017.05.010.
- SIMON, H. (1957). A behavioral model of rational choice. In *Models of Man, Social and Rational: Mathematical Essays on Rational Human Behavior in a Social Setting* (287). New York, NY: John Wiley and Sons.
- THALER, R. & SUNSTEIN, C. (2008). *Nudge: Improving Decisions about Health, Wealth, and Happiness*. London: Penguin Books Ltd.
- TVERSKY, A. & KAHNEMAN, D. (1974). Judgment under Uncertainty: Heuristics and Biases. *Science*, 185 (4157), 1124-1131. doi:10.1126/science.185.4157.1124.
- VARNFIELD, M., KARUNANITHI, M., LEE, C.-K., HONEYMAN, E., ARNOLD, D., DING, H., ... WALTERS, D. L. (2014). Smartphone-based home care model improved use of cardiac rehabilitation in postmyocardial infarction patients: results from a randomised controlled trial. *Heart*, 100, 1770-1779. doi:10.1136/heartjnl-2014-305783.

INTERNET-QUELLEN

- Insights for Impact Report: <https://www.psychol.cam.ac.uk/pol-res-group/insights-for-impact>
- OECD. (2017). *Behavioural Insights and Public Policy: Lessons from around the World*: <https://bit.ly/2lcvo1O>
- Behavioral Insights for Evidence-Based Policy: Concepts and Cases: <https://bit.ly/2G40gvY>
- BIT Homepage: <http://www.behaviouralinsights.co.uk/>
- JRP Homepage: <http://jrp.psychol.cam.ac.uk/>
- Verhaltensökonomie Ressourcen: <https://www.behavioraleconomics.com/>

Verfasst von



Hannes Jarke

Fakultät für Psychologie, Universität Wien
Cambridge Policy Research Group

Verfasst von



Gerhard Prinz

Fakultät für Psychologie, Universität Wien